

# Der Lehrplan verhindert extremistische Privatschulen

«Wir wollen keine Muslimschulen»  
Interview mit Kathy Riklin im TA vom 31. 7.

**Polemische Angstmacherei.** Wenn CVP-Nationalrätin Kathy Riklin das Bildungsmodell Schweiz anstrebt, bei dem ihren Worten gemäss alle gleich sind, dann bleibt die bisherige Chancenungleichheit wie gehabt bestehen. Reiche schicken ihre Kinder auf Privatschulen; entweder weil dort den Bedürfnissen der Kinder stärker Rechnung getragen werden kann oder weil diese auf Grund ihrer Angebote mit der Berufstätigkeit der Eltern besser in Einklang zu bringen sind. Die Initiative der freien Schulwahl möchte es hingegen allen Familien ermöglichen, die Schule zu wählen, die den Bedürfnissen ihres Kindes gerecht wird, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Gerade sogenannte «bildungsferne» Eltern wünschen ihren Kindern einen besseren Start in das Berufsleben. Sie kennen sehr wohl den Unterschied der

einzelnen Schulen und sind imstande, sich zu informieren, zu orientieren und zu wählen. Das sollten die Volksschule oder auch staatlich anerkannte Privatschulen sein können. Gerade in einer Zeit des zunehmenden gesellschaftlichen Werteverlustes sind beispielsweise die Wertevermittlungen der Privatschulen mehr denn je gefragt. Da diese dem kantonalen Lehrplan angeschlossen sind (§ 67 Volksschulverordnung) und von der Bildungsdirektion unter anderem auf Extremismus hin kontrolliert werden – ansonsten verlieren sie ihre Bewilligung (§ 68 Volksschulgesetz) –, ist die angeführte Angst vor extremistischen Schulen vordergründig und polemisch.

SIGRUN LÜCK, GREIFENSEE

**Staat spart an Privatschulen.** Mehrere Aussagen von Nationalrätin Kathy Ri-

klin zur freien Schulwahl rufen nach einer Richtigstellung: Erstens wird behauptet, dass mit der freien Schulwahl Geld von den öffentlichen Schulen zu den privaten Schulen umverteilt werde. Richtig ist: Der Staat hat bisher an denjenigen Kindern gespart, welche eine Privatschule besuchen. Wenn auf einen Schlag alle Privatschulen aufgehoben würden, müssten einige staatliche Schulen ihre Klassenzahl erhöhen, was zu hohen Mehrkosten führen würde. Zweitens werden Kinder, welche eine Privatschule besuchen, in der Regel nicht von ihren Eltern chauffiert, sondern benützen bei grösserer Distanz die öffentlichen Verkehrsmittel. Drittens profitieren Kinder aus bildungsfernen Schichten laut OECD-Studie von der freien Schulwahl nicht primär durch den Besuch einer anderen Schule, sondern indirekt durch den Wettbewerb, durch den auch die Qualität der staatlichen Schulen steigt.

ERWIN OGG, RAPPERSWIL-JONA